

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik, Hans Heinz Holz, Dogan Göcmen, Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller

Hans Heinz Holz

EDITORIAL

„Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte“. Das ist ein schöner und ermutigender Satz – gerade wenn man bedenkt, dass es nur wenige Revolutionen in der Geschichte gab, die sofort zu einem Sieg der Revolutionäre führten. Selbst die Grosse Französische Revolution von 1789, die wir neben der Oktoberrevolution doch immer als Beispiel und Vorbild nennen, endete mit dem Thermidor und Robespierre auf dem Schafott. Die englische von 1649, auf die in diesem Heft Alfred Noll Bezug nimmt, versandete in einem Kompromiss zwischen Fraktionen der herrschenden Klasse. Genau so ging es mit der bürgerlichen Revolution von 1848. Und gehen wir weiter zurück, so sieht es noch schlimmer aus: Die Gracchen, die in Rom einen Umsturz der Agrarverhältnisse versuchten, wurden ermordet; die plebejischen Aufstände in den mittelalterlichen Kommunen wurden grausam niedergeschlagen. Vom Bauernkrieg schreibt Friedrich Engels: „Der grossartigste Revolutionsversuch des deutschen Volks endigte mit schmähliche Niederlage und momentan verdoppeltem Druck“ (MEW 7, 409).

Sind also Revolutionen Lokomotiven ohne Zugkraft? Lesen wir weiter bei Engels: „Wer profitierte von der Revolution von 1525? Die Fürsten. – Wer profitierte von der Revolution von 1848? Die grossen Fürsten, Österreich und Preussen. Hinter den kleinen Fürsten von 1525 standen, sie an sich kettend durch die Steuer, die kleinen Spiessbürger, hinter den grossen Fürsten von 1850, hinter Österreich und Preussen, sie rasch unterjochend durch die Staatsschuld, stehen die modernen grossen Bourgeois. Und hinter den grossen Bourgeois stehn die Proletarier“ (MEW 7, 413).

Hegel hat das die „List der Vernunft“ genannt. Der Sieg der Konterrevolution ist nur scheinbar der Sieg der Konterrevolutionäre. In Wirklichkeit

verschärft er die Widersprüche in der herrschenden Klasse ebenso wie die Widersprüche zwischen Herrschenden und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Auch eine gescheiterte Revolution schlägt Breschen in die Bastionen der bestehenden Ordnung und bringt den Verlauf der Geschichte voran. „Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsre Enkel fechtens besser aus“. So blickten die gepeinigten Bauern 1525 in die Zukunft.

So ist die Oktoberrevolution zu sehen – 90 Jahre nach ihrem Sieg, 20 Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution. Wohlgermerkt: nicht überall, sondern in Europa. Der Befreiungsprozess der unterdrückten Länder in Lateinamerika, Asien, Afrika geht weiter und zeitigt Erfolge, wie er auch ungeheure Opfer kostet. Die Oktoberrevolution hat das Tor aufgestoßen, durch das die „Verdammten dieser Erde“ in die Freiheit drängen. Dogan Göcmen schreibt darüber. Mit dem Sturm auf das Winterpalais hat der Übergang zu einer neuen Gesellschaftsformation begonnen. Noch gibt es den Sozialismus nicht – das zu behaupten war Revisionismus aus kleinbürgerlicher Mentalität; aber die Stufen auf dem Weg zum Sozialismus sind gelegt, den Wegweiser hat die Oktoberrevolution gesetzt. Sie war der Epocheneinschnitt, der den Kapitalismus vom Sozialismus trennt, danach begann die lange, widerspruchsvolle Phase der Durchsetzung dessen, was im Revolutionsgeschehen möglich gemacht wurde – die Fortsetzung der Revolution als ein Prozess, in dem es auch immer wieder Rückschläge geben wird. Aber der Aufbau des Sozialismus wurde begonnen und dieses Zeichen ist nicht zurückzunehmen. Das Gedenken der Revolution ist der Auftrag, ihre Erfahrungen zu bedenken und ihren Impuls weiterzutragen. Das ist das Thema des vorliegenden Heftes.

Völker, hört die Signale!

DAS AUFGEBROCHENE TOR

Gedanken zur Oktoberrevolution 1917 nach der Konterrevolution von 1989

Was ich neunzig Jahre danach von der Oktoberrevolution denke, soll ich aufschreiben: Gedanken eines durch und durch bürgerlichen Menschen, der aber, während des Absturzes seiner Klasse in den Faschismus zum Antinazi erzogen, das Vertrauen in die Geschichtsfähigkeit seiner Klasse verloren hatte und im Zuge antifaschistischer Besinnung zu so etwas wie einem Kommunisten geworden ist.

Und das auf knapp zwei Seiten! Sind zwei Seiten nicht doch etwas zu wenig Raum dafür? Immerhin: ich will es, betont subjektiv versuchen. Dazu einige Gedankensplitter:

Befreiung und Selbstbefreiung

In gewissem Sinne begann für mich die Geschichte (nicht als Datensammlung, sondern als Verantwortungsbereich) mit meiner Kriegsgefangenschaft im Mai 1945, für mich der „Tag der Befreiung“. Dass es gar nicht sehr viele waren, für die der 8. Mai ein „Tag der *Befreiung*“ war, habe ich damals kaum bemerkt. Für die übergroße Mehrheit der von den deutschen Faschisten überfallenen Völker war es vielmehr der „Tag des *Sieges*“, auch für die aktiven deutschen Widerstandskämpfer! Denn, sofern sie in diesen Tagen tatsächlich aus Konzentrationslagern, Gefängnissen und Illegalität *befreit* wurden, war diese *Befreiung* für sie doch der *Sieg* ihrer eigenen Sache, ihrer Freunde und Genossen. Für die meisten Deutschen aber war dieser Tag, das merkte ich schon bald nach meiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Hochsommer 1945, der Tag der „*Kriegsniederlage Deutschlands*“, kein Freudentag, sondern ein Trauertag, und das je länger desto mehr!

Für diejenigen, die sich im ernstlichen Sinne des Wortes durch den Sieg der Antihitlerkoalition vom Faschismus *befreit* fühlten, begann nun eine Periode der *Selbstbefreiung* von den präfaschistischen und faschistischen Rückständen auch in ihrem Bewusstsein. Dabei reiften sie aus bürgerlichen Antinazis zu Antifaschisten. Dieser Prozess vollzog sich in der „Schulddebatte“, in der evangelischen Kirche insbesondere durch Martin Niemöller angestoßen und 1947 im Darmstädter Bruderratswort „Zum politischen Weg unseres Volkes“ ausgereift. Da war zum ersten Mal von der *innenpolitischen* Schuld der deutschen Bourgeoisie gegenüber dem Sozialismus die Rede. Zwar hatten die Verfasser dabei wohl insbesondere an Sozialdemokraten gedacht; wir Jungen aber

verstanden darunter bereits vor allem die Kommunisten, die wir als Avantgarde im Kampf gegen die westdeutsche Remilitarisierung kennen und schätzen lernten und mit denen wir in diesem Kampf mehr und mehr zusammenwuchsen. Mit dieser Bewegung und Begegnung begann mein Interesse an der und meine Sympathie für die Oktoberrevolution.

Rund zehn Jahre später, im Frühsommer 1956, wurden meine Frau und ich zu einer (meiner einzigen) Reise in die SU eingeladen. Wir fuhren in einem Jugendzug der FDJ. Von uns abgesehen war er mit jungen Mitarbeitern aus dem Ministerium des Innern der DDR besetzt. Die Tragödie des XX. Parteitages der KPdSU lag schon einige Monate zurück, in Moskau allerdings merkte man eigentlich kaum etwas davon. Ich erwähne diese Reise hier nur darum, weil ich mich daran erinnere, dass ich unsere Mitreisenden (sie schienen bei einem Theologen allerdings alles für möglich zu halten und bereit, auch Unmögliches zu tolerieren) bei der Besichtigung der Landwirtschaftsausstellung mit meiner naiven Feststellung verblüffte, mir ginge auf, dass Lenin zwar eine sozialistische Revolution habe machen wollen, tatsächlich aber einen Bauernkrieg gewonnen habe. *So* absurd, wie das auch mir viele Jahre lang erschien, war dieser spontane Eindruck allerdings wohl nicht. Die Oktoberrevolution hatte ja wirklich nicht nur mit dem Dekret zum Frieden, sondern auch mit dem über Grund und Boden begonnen. Chruschtschow allerdings verschob nach der Delegitimierung Stalins die sozial-politische Balance im Arbeiter- und Bauernbündnis - bucharinistisch? - einseitig in agrarpolitische Richtung und brach damit dem proletarischen Elan das Genick.

Frühsozialismus oder Frühkommunismus?

Inzwischen ist nun das offenkundige Ergebnis der Oktoberrevolution, die Sowjetunion und das um sie gescharte sozialistische Lager, der Konterrevolution erlegen. Und nun kann, in der Dämmerung erst, wie Hegel meinte, die Eule der Minerva ihren Flug beginnen.

Seit langem, seitdem in der SU 1953 die Neigung entstand, nicht so sehr über Stalin hinaus als vielmehr hinter ihn zurückzugehen, traten Mängel der sozialistischen Gesellschaft immer deutlicher in Erscheinung. Statt sie im Fortschreiten zu überwinden, wurden sie zur Munition von Renegaten oder einfach geleugnet. Kritiker stan-

den vor dem Problem, diesen Weg, der von Chruschtschow zu Gorbatschow führte, so zu attackieren, dass ihre Kritik nicht antisowjetisch wirkte. Darum haben wir in den Weißenseer Blättern den „realen Sozialismus“ gelegentlich entschuldigend als „Frühsozialismus“ bezeichnet. Das war ein Missgriff in der Begriffswahl. Dahinter stand die Erinnerung an die erste Phase der bürgerlichen Revolution, in der der Feudalismus zuerst politisch und ideologisch zutiefst erschüttert, aber noch nicht überwunden wurde, also an die „frühbürgerliche“ Revolution im 16. Jahrhundert, und dann an die Reife der bürgerlichen Revolution im 18. Jahrhundert, als sich die *Produktionsweise* (an die Stelle der Manufaktur war mit der Dampfmaschine die moderne Industrie), die *herrschende Klasse* (an die Stelle von Adel und Patriziern waren Kapitalisten) und die *revolutionäre Klasse* (an die Stelle der Plebejer und Bauern waren „freie“ Lohnarbeiter getreten) grundlegend verändert hatte. Die Entlehnung des Begriffs „frühsozialistisch“ aus der bürgerlichen Revolutionsgeschichte war allerdings verfehlt und darum verwirrend; „frühkommunistisch“ wäre treffender gewesen.

Zwar hatte auch Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms zwischen einer „ersten“ und einer „höheren“ „Phase der kommunistischen Gesellschaft“ unterschieden. Aber, was mit dem Begriff „frühsozialistisch“ gemeint war, nämlich die Anerkennung der vielfältigen *Unvollkommenheit* des Sozialismus, hatte Marx schlicht „sozialistisch“ genannt. Hätten wir das auch getan, wären wir allerdings wohl noch weniger auf Gegenliebe gestoßen als mit dem Begriff „frühsozialistisch“. Denn war der Sozialismus etwa eine unvermeidlich noch *mangelhafte* Übergangsbewegung zum Kommunismus? - Bei Marx allerdings! Zum Beispiel:

„Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also (im Sozialismus! H.M.) der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich vielmehr ungleich sein. Aber diese Mißstände (sic! -

H.M.) sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende (sic! H.M.) Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihr Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihr Fahnen schreiben: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW, Bd. 19, S. 21)

Eindeutiger lässt sich ja kaum sagen, dass der Sozialismus keineswegs das *Ziel*, sondern nur der anstrengende und von Misständen belastete *Weg* zum *Ziel*, nämlich zum Kommunismus sei. Wir aber haben ihn, weniger in der Theorie, desto mehr in der alltäglichen Agitation, kaum noch als revolutionäre *Bewegung*, sondern als deren *Ergebnis* behandelt, so als müsse er „realisiert“ statt durchschritten werden. Denn wenn er erst „realisiert“, vollendet ist, ist er ja kein „Sozialismus“ mehr, sondern eben: *Kommunismus*.

Die Oktoberrevolution war der *Start* auf dem *Weg* zu diesem *Ziel*! An jenem 7. Oktober 1917 wurde das Tor aufgestoßen. Und auch wenn Konterrevolutionen es wieder verschließen möchten, weiß seitdem die Welt, dass es zu öffnen ist. Darum bleibt der Kommunismus seit 1917 Angsttraum und Erzfeind des Imperialismus, gerade darum, weil er keineswegs überholt, vielmehr immer noch nicht erreicht, und darum nach wie vor Zukunftsperspektive aller gesellschaftlichen Vorwärtswentwicklung ist - heute wie im Oktober 1917.

Das Gespenst geht weiter um, und nun nicht einmal mehr nur in Europa!

PRODUKTIVKRAFTENTWICKLUNG IM SOZIALISMUS – WELCHER WEG?

Eine zentrale Begründung für die Unvermeidlichkeit des Sozialismus besteht darin, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen. Wurde das früher schon deutlich in den periodischen Wirtschaftskrisen, die mit dem Brachlegen von Arbeitern und Fabriken deutlich machten, dass zuviel Waren produziert worden waren (Überproduktion) und zuviel Kapital angelegt war (Überakkumulation), so verschärft sich diese Tendenz zur Hemmung der Produktivkräfte im imperialistischen Stadium des Kapitalismus. Jetzt haben sich in einigen wenigen Ländern Monopole herausgebildet, die die Märkte beherrschen. Sie setzen zeit- und teilweise die bereinigende Funktion der Krise für sich außer Kraft. Die Krise nimmt andere Formen an: chronische Massenerwerbslosigkeit, Unterauslastung der Produktionskapazitäten, Erschwerung selbst einer kapitalistischen Entwicklung in den meisten Ländern der Welt mit den bekannten Erscheinungen der Fäulnis: Slums, Massenelend. Luft machen sich die Widersprüche schließlich in Kriegen bis hin zum Weltkrieg. Dort wurden zweimal die Produktivkräfte auf das für die Produktionsverhältnisse einer Profit- und Ausbeutungsgesellschaft verträgliche Maß zurecht gestutzt. Natürlich gibt es weiterhin neue Technik. Aber selbst dann: Das Potenzial, das etwa in Erfindungen steckt, wird nicht ausgeschöpft. Denn neue Technik erfordert Anlage von neuem Kapital (Investitionen) und entwertet das in vorhandenen Produktionsmitteln angelegte Kapital. Und es wird nur angelegt, wenn es Monopolprofit bringt, nicht, wenn es den Menschen dient.

Sozialismus – ein Modell?

Der Sozialismus schafft durch die Befreiung der Arbeiter und durch den Machtantritt der Arbeiterklasse die Voraussetzungen, dass die Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln können, Bildung und Kultur nicht länger ein Privileg einer kleinen Minderheit bleiben und Hunger und Elend nicht länger das Los der Mehrheit ist. Ewiger Ruhm gebührt der Oktoberrevolution, dass sie damit den Anfang gemacht und deutlich gemacht hat: die Ausgebeuteten und Unterdrückten können ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Im DKP-Programm heißt es dazu:

Mit dem „administrativ-zentralistischen ‚Sozialismusmodell‘“ seien „zunächst bedeutende Erfolge erreicht“ worden. Die riesenhafte Aufbauleis-

tung der Sowjetunion wird so verächtlich abgetan mit dem entschmückenden Beiwort „administrativ-zentralistisch“! Und das Ganze wird auch noch als „Modell“ bezeichnet! So als ob die Bolschewiki nach einer Art „Masterplan“ mit Teilprojekten und „Meilensteinen“ den „kritischen Pfad“ inklusive „Pufferzeiten“¹ den Sozialismus entworfen hätten.

Natürlich wurde in der Sowjetunion geplant. Der erste Fünf-Jahresplan von 1928 war aber kein „Projekt“ oder „Modell“, sondern der Aufruf zum Klassenkampf, zur Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Gesicht des Proletariats. Dies abwertend mit „zentralistisch“ zu bezeichnen, wird der Angelegenheit nicht gerecht. Jeder Plan hat eine zentrale Komponente. In diesem Fall war es die Vereinheitlichung des Wollens der Klasse, die Festlegung der Ziele und der daraus sich ergebenden Aufgaben sowie die Einteilung der Kräfte. Nur so war es möglich, dass die so heterogenen Kräfte in den so verschiedenartigen Teilen der SU dezentral und weitgehend selbständig an einem Strick ziehen konnten. Und wenn man die beredten Klagen in den Schriften von Lenin und Stalin über Verwaltung/Administration und Bürokratie liest, bestand das Problem vor allem darin, dass die Umsetzung der Pläne viel zu wenig organisiert war und die Administration eher in desolatem Zustand war. Mit der Aussage „administrativ-zentralistisches Sozialismusmodell“ wird ein Vorurteil bedient, das bürgerliche Kräfte zur Abschreckung der arbeitenden Klassen vor der Revolution schon in den 1920er Jahren aufgebaut hatten.

Die Umsetzung der Pläne war Klassenkampf nach Innen und nach Außen – und der lässt sich nicht in einem Modell abbilden (weil darin zu viele Unwägbarkeiten enthalten sind). Der Klassenkampf des Proletariats, als der neuen herrschenden Klasse, hat zwar langfristig eine siegreiche Perspektive, kurzfristig (und das rechnet sich nach Jahrzehnten) ist er ein Prozess mit ungewissem Ausgang. Wichtigste Voraussetzung für das Gewinnen von Klassenschlachten ist das revolutionäre Bewusstsein der Klasse über ihr Ziel: nicht nur die ökonomische und militärische, sondern auch die kulturelle Hegemonie über die anderen Klassen und Schichten der sozialistischen Gesellschaft zu erringen – als Vorbedingung, um jegliche Hegemonie zu beseitigen.

Sozialismus – Klassenbewusstsein versus Arbeitsproduktivität

Das DKP-Programm sieht stattdessen das Problem und damit die Ursache für die Niederlage des Sozialismus in Europa von 1989/92 darin, dass die sozialistischen Länder nicht die „qualitativ neuen Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution rechtzeitig“ erfasst und nicht „flexibel darauf reagiert“ hätten. Und das Programm fährt fort: „Die Folge war, dass die sozialistischen Länder in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des materiellen Lebensstandards immer weiter hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückblieben. Das musste destabilisieren.“ Nicht das Klassenbewusstsein sei entscheidend, sondern die „wissenschaftlich-technische Revolution“. Merkwürdig nur, dass in der SU in der Ära von Lenin und Stalin solche Wissenschaftler wie Pawlow und Lyssenko (der inzwischen von der modernen Genetik wieder stark beachtet wird) nicht nur lebten (das unterliegt immer gewissen Zufällen), sondern auch zum Zuge kamen. Merkwürdig auch, dass in dieser Ära (nach aller Verheerung durch zwei Weltkriege) solche technischen Leistungen erreicht wurden wie das Brechen des Atombombenmonopols des US-Imperialismus; und dass die Grundlagen gelegt wurden für die Entwicklung von Raketen und des Sputniks. Und schließlich noch die Merkwürdigkeit, dass die technisch am fortgeschrittenste Armee der damaligen Zeit, die Nazi-Wehrmacht, solchen Waffensystemen wie T34, Stalinorgel und Kalaschnikow etc. weichen musste.

Müssen wir nicht eher zu dem Schluss kommen, dass die Verheerung im Bewusstsein der Klasse, wie sie von Chruschtschow bis Gorbatschow (die Namen stehen jeweils nur für die kommunistische Partei und ihre Führung) angerichtet wurden, ursächlich für das Zurückbleiben in der Technik waren? Wie soll das Proletariat die Gipfel stürmen, wenn es den Feind, den Imperialismus, nicht mehr in aller Schärfe erkennt und stattdessen die Unumkehrbarkeit des Sozialismus beschworen wird. Wenn es den Weg zum Gipfel aus dem Auge verliert – sprach nicht Chruschtschow vom „Staat des

ganzen Volkes“ statt vom Staat, der die Diktatur des Proletariats ausübt, und von der „Partei des ganzen Volkes“, statt von der Klassenpartei des Proletariats? Und wenn es dann am Gipfel angekommen ist, sollte es –nach Chruschtschow mit einem „Teller Gulasch“ abgespeist werden, statt mit Befreiung der Menschheit durch die eigene Emanzipation als Klasse.

So wurde die fortgeschrittenste Klasse zur grauen Masse degradiert, die zu keiner größeren Leistung fähig ist und mit „materiellen Ansätzen“ geködert werden muss, damit sie fürs Notwendigste in Bewegung bleibt. Aber das scheint das DKP-Programm nicht wirklich zu interessieren. Natürlich wird mit Klassenbewusstsein allein noch keine bessere Maschine gebaut. Fortschritt ist an materielle Voraussetzungen gebunden. Aber wie werden sie geschaffen? Auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg durch die Peitsche (Hunger, Erwerbslosigkeit, Konkurrenz, Krieg). Und im Sozialismus als der niederen Phase des Kommunismus? Auch durch die Peitsche, durch die Peitsche des Klassenkampfes (die auch verdammt wehtun kann), indem sich die neue Welt, eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, durchsetzt.

So kommt im DKP-Programm das undialektisch gesehene Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen, von Sein und Bewusstsein zum Ausdruck. Und das läuft letztlich darauf hinaus: Die Bolschewiki und die russischen Arbeiter und Bauern hätten die Oktoberrevolution besser bleiben lassen sollen, weil die Produktivkräfte in Russland noch nicht so weit entwickelt waren (das war ja 1917 auch z.B. von Kautsky zu hören). Und noch eine Ursache gibt das DKP-Programm für die Niederlage des Sozialismus in Europa: „sozialistische Wertvorstellungen“ hätten sich nicht „dauerhaft und umfassend“ durchgesetzt? Wenn damit der wichtigste sozialistische „Wert“, die Klassensolidarität, gemeint wäre – à la bonheur!

¹ Begriffe aus dem gängigen Handwerkszeug des jungen Projektmanagers.

SOZIALISMUS IN EINEM LANDE

Es ist eine Binsenweisheit, dass dem Aufbau des Sozialismus ausnehmend grössere Schwierigkeiten entstehen, wenn er nicht weltweit, wenigstens in den grossen Industrieländern, gleichzeitig in Angriff genommen werden kann. Er muss sich dann mit einer feindlichen kapitalistischen Umwelt auseinandersetzen, muss Interventionen, Subversionen und Repressionen abwehren, muss – seiner eigenen ökonomischen Systematik zuwider – Rüstung zur Aufrechterhaltung der Abwehrkraft und des internationalen Gleichgewichts betreiben. Er muss sich im Welthandel auf den Kapitalismus einstellen. Die imperialistischen Mächte unterstützen die noch fortbestehenden Teile der Bourgeoisie in ihren Versuchen, den Übergang zum Sozialismus zu verhindern, zu stören, zu verzögern; so werden die Klassenwidersprüche im eigenen Lande geschürt.

Die Revolution in einem Lande entspricht nicht der idealtypischen Konzeption. Lenin rechnete hoffnungsvoll wenigstens mit der Anschlussrevolution in Deutschland, wenn nicht sogar in den westeuropäischen Staaten. Aber er wartete nicht darauf, als die Zeit in Russland reif war; reif unter den besonderen Bedingungen zaristischer Misswirtschaft und Gewaltherrschaft, eines verlorenen Krieges, zunehmender Unzufriedenheit weiter Teile auch des Kleinbürgertums und vor allem der Bauernschaft, die die drückende Herrschaft der Grossgrundbesitzer abschütteln wollte. Die Kleinbürger wären wohl mit Kerenski einverstanden gewesen; die Bauern waren es nicht (wie auch 30 Jahre später in China), und Lenin erkannte, dass nur eine Interessengemeinschaft der proletarischen Minderheit mit der grossen Mehrheit der Bauern eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse würde herbeiführen können.

Hätte er warten sollen? Nein! Hätte eine halb- und kleinkapitalistische Agrarstruktur, wie sie zehn Jahre später dem Programm der Kollektivierung der Landwirtschaft entgegengesetzt wurde, den Übergang zum Sozialismus überhaupt zugelassen? Nein! Den Termin des Aufstands zu verpassen, hätte die langfristige Konsolidierung der bürgerlichen Position bedeutet. Es musste in einem Lande gewagt werden. Und die Klassenwidersprüche auf dem Lande nicht zu lösen, hätte den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsstruktur verhindert. Das waren Fragen der politischen Priorität. Eines ergab sich aus dem anderen.

Aber ist die ideale Situation einer gleichzeitigen sozialistischen Revolution in den Industrieländern überhaupt realmöglich und nicht nur ein Denk-

muster, an dem man sich orientiert, von dem die Wirklichkeit aber immer abweicht? Unbestreitbar ist die ungleichmässige Entwicklung der verschiedenen Länder und Regionen, auch innerhalb eines und desselben Gesellschaftstyps. Das ist nicht nur eine Erfahrungstatsache. Der Kapitalismus funktioniert nach dem Prinzip des Wettbewerbs, der Konkurrenz zwischen den Unternehmen auf dem Markt und letztlich der Konkurrenz zwischen den Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt. Konkurrenz bedeutet Verdrängung des einen Konkurrenten durch den anderen, der Verdrängte ist der Schwächere. Unter diesen Umständen entstehen jeweils andere soziale Strukturen, Abhängigkeiten, Konflikte; ein Gefälle im allgemeinem Wohlstand, im Bildungsniveau, im Grad der Politisierung. in der Organisationsbereitschaft ist die Folge, und zwar keineswegs so, dass diese Differenzierungen systematisch parallel laufen, sondern auch gegenläufig sein können. So entwickeln sich die innerkapitalistischen Widersprüche nicht einheitlich. Es ist auch nicht notwendig das schwächste Kettenglied, das bricht; das Zusammentreffen vielfältiger Bedingungen muss analysiert werden.

Diese prinzipielle Ungleichmässigkeit der Entwicklung macht es unwahrscheinlich, dass Revolutionen simultan stattfinden; allenfalls kann man unter ähnlichen Voraussetzungen Kettenreaktionen erwarten. Mit Wahrscheinlichkeit wird also ein revolutionärer Umsturz der politischen Herrschaftsverhältnisse zunächst in einem Lande stattfinden. Das ist die eigentliche Revolution im engeren Sinne des Wortes. Daran schliesst sich ein langer Prozess der Umgestaltung der Gesellschaft an, in dem die Veränderung der Produktionsverhältnisse, die Entwicklung neuer Bewusstseinsinhalte und -formen, die Identifikation der Menschen mit der neuen Gesellschaft und ihre aktive Teilnahme an deren Gestaltung zum Teil nebeneinander zum Teil zeitverschoben sich vollziehen. Diese Übergangszeit ist die Periode der Ausbildung neuer Demokratieformen unter Leitung der politischen Avantgarde, die die Aufgabe übernimmt, ihre eigene Rolle überflüssig zu machen. Solange Widerstände der einstigen herrschenden Klasse und Einmischungen von aussen diesen Prozess stören, bedarf es der Sicherung der neuen Ordnung, für die im klassischen Marxismus der Terminus „Diktatur des Proletariats“ gebraucht wird. Es leuchtet ein, dass der Aufbau des Sozialismus in einem Lande eine länger andauernde Phase der Diktatur des Proletariats und strengere Durchsetzungsakte nötig macht, weil ja auch die Gegenkräfte stärker sind. Ein sicheres Kennzeichen für die tendenzielle Richtung auf Abschaf-

fung der eigenen Herrschaftsfunktion ist die Förderung von Bildung und Kulturtätigkeit, in denen die Kompetenz und Bereitschaft zu verantwortlicher Beteiligung am Gesellschaftsgeschehen steigt. Marx hat dieses Problem als das der „Erziehung der Erzieher“ angesprochen (3. Feuerbachthese MEW 3, 5 f.).

Grundsätzlich stellen sich dem Übergang zum Sozialismus die gleichen Probleme, ob er in einem Land oder überall in der Welt erfolgt. Sie verschärfen sich jedoch, wenn ein Land oder eine Länder-

gruppe diesen Weg zunächst allein gehen muss, weil dann die aussenpolitischen Bedingungen und, beeinflusst von ihnen, die Verhärtung der inneren Klassengegensätze zusätzliche Belastungen mit sich bringen. Davon wird keine revolutionäre Bewegung verschont bleiben; und wenn sie sich nicht nach ihrem Sieg auf die Fortsetzung des Klassenkampfes einstellt verfällt sie in einen selbsterstörerischen Revisionismus. Lenin hat das schon in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution ausgesprochen; seine ungetreuen Erben haben es nach vierzig Jahren vergessen.

Dogan Göçmen

DIE OKTOBERREVOLUTION UND DIE UNTERDRÜCKTEN VÖLKER

Die Oktoberrevolution hat für die Befreiung der unterdrückten Völker eine welthistorische Bedeutung. Die bürgerlichen Ideologen mögen heute die große sozialistische Oktoberrevolution als einen Akt der „Verrückten“ behandeln und die Führer dieser größten Anstrengung in der Geschichte der Menschheit mit Hitler vergleichen. Sie mögen „Schwarzbücher“ über das „Verbrechen“ dieser Revolution, die „wahrhaftig das bedeutendste Datum der gesamten Menschheitsgeschichte ist“ (Palmiro Togliatti), schreiben. Die Europäische Linke (EL) mag in ihrem „Manifest“ in den revolutionären Versuchen des 20. Jahrhunderts trotz der „großen Errungenschaften“ nur noch „große Niederlagen und Tragödien“ erblicken, um sich dann sofort von dieser revolutionären Tradition abzusetzen. Doch die unterdrückten Völker und die Verelendeten dieser Erde empfangen aus der sozialistischen Oktoberrevolution einen Impuls für die endliche und die lang ersehnte Befreiung vom Kolonialismus und der imperialistischen Unterdrückung. Auf dieses revolutionäre Erbe darf auch heute - eben gerade auch aus Sicht der unterdrückten Völker - nicht verzichtet werden.

Die historische und geopolitische Bedeutung

Wie Rosa Luxemburg in ihrer „Einführung in die National Ökonomie“ (GW 5) darstellt, ist die Geschichte des Kapitalismus zugleich die Geschichte der Kolonialisierung der außereuropäischen Völker. Bis 1914 war die Aufteilung und Wiederaufteilung der Welt unter imperialistischen Mächten abgeschlossen. Die Welt wurde in ein Regime des kolonialen und halbkolonialen Systems verwandelt. Um eine Vorstellung von der unterdrückerischen Dimension dieses Regimes zu machen, genügt es, sich in Erinnerung zu rufen, dass es 1939 auf dem ganzen afrikanischen Kontinent nur ein einziges (toleriertes) unabhängiges Land (Äthiopien) gab. Selbst 1950 waren es gerade mal drei

unabhängige Länder auf dem schwarzen Kontinent (Staatsbürgerkunde der DDR 10). Auf dem amerikanischen Kontinent gab es zwar bereits nach dem Ersten Weltkrieg viele unabhängige Republiken, dort herrschte aber die sogenannte Monroe Doktrin, worin die USA ihr alleiniges Okkupationsrecht auf dem amerikanischen Kontinent behauptete, wie sie es im Falle von Chile und vieler anderer Länder praktiziert haben.

In den 1980er Jahren wuchs die Zahl der vom Kolonialismus befreiten Länder in Afrika auf etwa 90 und schon in den 1970er Jahren waren die Kontinente Asien und Lateinamerika frei vom Kolonialismus alten Stils. Dass das koloniale System so schnell zusammenbrechen konnte, verdanken die unterdrückten Völker der Sowjetunion. Seitdem es Kolonien gab, gab es auch immer Befreiungskämpfe. Ihre Kämpfe mündeten aber fast immer in Ausweglosigkeit. Die Befreiung von der einen Kolonialmacht trieb sie in die Hand der anderen.

Dass sich Mkwawa, der Führer des Befreiungskampfes in Tansania gegen die deutsche Kolonialmacht, angesichts der empfundenen Ohnmacht selbst erschoss, ist kein Zufall. Und dass die Krieger der Maji-Maji-Rebellion von 1907 glaubten, dass das Trinken des „heiligen Wassers“ sie gegen die Kugeln der Kolonialarmee immun mache, ist sicherlich nicht nur auf ihren Aberglauben oder ihre Naivität zurückzuführen. Angesichts der gefühlten Ohnmacht gegenüber der Kolonialmacht dürfte es sich eher um den ins Mystische gesteigerten Wunsch nach Unabhängigkeit und Freiheit gehandelt haben.

Eine Antwort auf die Ohnmacht

Die Oktoberrevolution war auch eine Antwort auf diese Ohnmacht. Sie hat nicht nur die

„Existenz- und Entwicklungsbedingungen der gesamten Menschheit“ grundlegend verändert, sondern eröffnete auch den „Völkern aller Kontinente (...) neue Horizonte“. (H. Mies, Ausgewählte Reden und Aufsätze, S. 327) Die unterdrückten Völker nahmen die Verkündung der Volkskommissare wörtlich: „Auf unseren Bannern tragen wir die Befreiung für die unterdrückten Völker der Welt“ lautete es in ihrem von Lenin unterzeichneten Aufruf vom 22. November 1917. Selbst die USA musste dies zugeben, als sie u.a. wegen der deutschen Pläne, das Kolonialsystem etwa bis Mitte des 21. Jahrhunderts fortzusetzen, nach dem zweiten Weltkrieg erklärte, die Fortsetzung des Kolonialsystems werde die kolonialisierten Länder in die Arme der Sowjetunion treiben.

Nationale Befreiung und/oder Sozialismus

Zunächst zwei biographische Notizen. Nazim Hikmet, der kommunistische Dichter aus der Türkei, schwärmte einmal als etwa 17-Jähriger (1919/20) von den Idealen der großen französischen Revolution. Ein Freund soll ihm gesagt haben, er solle nicht zu den bürgerlichen Revolutionen für revolutionäre Inspirationen gucken, sondern er brauche nur in Anschein zu nehmen, was in Russland stattfindet: Eine neuartige, sozialistische Revolution. Frantz Fanon, einer der führenden Köpfe der algerischen Befreiung, war schwer an Leukämie erkrankt. Die medizinische Behandlung war in Afrika nicht vielversprechend. Europa kam für ihn schon aus Sicherheitsgründen und die USA wegen der dort herrschenden rassistischen Politik nicht in Frage. Obwohl er weder ein Marxist noch ein Sozialist war - er wollte zunächst nur sein Land aus der kolonialen Unterdrückung befreien -, hat er das Angebot der Sowjetunion gerne angenommen und wurde 1961 in Moskau behandelt.

Diese biographischen Notizen von zwei Intellektuellen aus der Türkei und Algerien machen zwei Perspektiven deutlich, die die Sowjetunion den unterdrückten bzw. kolonialisierten Ländern ermöglichte: über den nichtkapitalistischen Weg zum Sozialismus oder sich zunächst auf die nationale Befreiung beschränken. Sie konnten aber immer mit der Solidarität der Sowjetunion rechnen. Es ist nur vor diesem Hintergrund verständlich, warum die ganze sogenannte „Dritte Welt“ trauerte als die Nachricht von Stalins Tod um die Welt

ging. Selbst Eric Hobsbawm, dem wahrlich kein „Stalinismus“ vorgeworfen werden kann, muss trotz aller Geringschätzung anerkennen, dass in dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker neben Lenins Imperialismus (The Age of Empire 1875 - 1914, S. 60) Stalins Marxismus und Nationalitätenfrage den größten Einfluss geübt hat (Nationen und Nationalismus, S. 12).

Hikmets Land wurde zwar nicht sozialistisch, aber er und viele Länder gingen diesen Weg. Frantz Fanon wurde zwar nicht sozialistisch, aber sein Land erkämpfte nicht zuletzt dank der Unterstützung der Sowjetunion die Unabhängigkeit. Was die aristokratische Linke auch erzählen mag, die unterdrückten Völker haben jeden Grund, auf dieses Erbe der Oktoberrevolution stolz zu sein. Denn es ist zugleich die Geschichte ihrer Befreiung vom Kolonialismus.

Rückfall in die Barbarei oder wie weiter?

Julius Kambarga Nyerere, Tansanias erster Präsident, der in Afrika als der Weise genannt wurde, stellte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fest: Die größten Verlierer dieser Niederlage seien die Länder der „Dritten Welt“, weil sie damit jene Freiheit verloren haben, die die Sowjetunion ihnen gegenüber der imperialistischen Länder ermöglichte. Nyerere wusste als Kenner der Leninschen Theorie des Imperialismus, was das für die vormaligen kolonialisierten Völker bedeutete. Eine der Schlussfolgerungen, die Lenin nach seiner Analyse des Imperialismus zog, ist, dass die Aufteilung und Wiederaufteilung der Welt unter den imperialistischen Ländern einer der Wesenzüge des Imperialismus sei. Und nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems machten die imperialistischen Länder sich wie Wölfe sofort über die ökonomisch und geostrategisch wichtigen Länder her. Der afrikanische Kontinent wird wieder der Willkür der imperialistischen Mächte unterworfen. Im Pentagon gibt es bereits Pläne, wie „postkoloniale Kolonialisierung“ aussehen könnte. Deshalb fühlen die Menschen in allen Ländern sich wieder an Luxemburgs Diktum „Sozialismus oder Barbarei“ erinnert. Die Völker der vormalig kolonialisierten Länder sind wieder in die Barbarei eines neuartigen Kolonialismus gestürzt worden. Nur der Sozialismus wird in der Lage sein, die Völker aus der Barbarei herauszuholen in eine humane und solidarische Völkergemeinschaft.

ARBEITERKONTROLLE UND SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE

Che Guevara sah drei Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus: erstens die Entwicklung der neuen Produktionsverhältnisse, zweitens die Aneignung und Nutzbarmachung von Technik und Wissenschaft und drittens die Schaffung des neuen Menschen. Alle drei Faktoren stehen zueinander in Wechselbeziehung, alle drei sind unverzichtbar.

Aber, wie entsteht der neue Mensch, dem die Revolution eine Herzensangelegenheit ist? Che vertraute auf das positive Beispiel der Companeros, um den Menschen aus seiner Entfremdung zu befreien, und nannte die Bedingungen: „Damit er sich in seiner menschlichen Eigenschaft entwickeln kann, muss die Arbeit einen neuen Charakter erhalten: die Ware Mensch hört auf zu existieren, und es bildet sich ein System heraus, in dem die Erfüllung der menschlichen Pflicht belohnt wird. ... Er beginnt, sich in seinem Werk wieder zuerkennen und seine menschliche Größe durch den geschaffenen Gegenstand, durch die geleistete Arbeit zu begreifen.“ (1)

Freiwillige Arbeit

Aber die Arbeitsbedingungen sind noch lange nach der Revolution nicht gänzlich andere, die Mängel, die Not nicht beseitigt. Da nennt Che etwas, was die Bourgeoisie immer laut aufheulen ließ vor gespielter Empörung: die freiwillige Arbeit. „Grundsätzlich ist die freiwillige Arbeit der Faktor, der stärker als alle anderen das Bewusstsein der Arbeiter entwickelt“ (S.158). Zusätzlich zur harten täglichen Arbeit also noch Überstunden klopfen, nicht für Geld, nicht aus Angst um den Arbeitsplatz, sondern freiwillig?

Subbotnik hieß das in der Sowjetunion, und Lenin nannte dies die einzige Arbeit, die die Bezeichnung kommunistisch verdiente. Und weiter gab es die Stachanow-Arbeiter, die eine höhere Arbeitsleistung als ihre Kollegen erbrachten und damit die Rationalisierung vorantrieben. In der DDR war es die Hennecke-Bewegung, nach dem Bergmann Adolf Hennecke benannt. Steigerung der eigenen Ausbeutung, Kollegenschwein?

Das waren Kollegen, Genossen, die den Aufbau des Sozialismus vorantreiben wollten, die wussten, dass allein eine höhere Produktivität den Hunger und die Armut besiegen konnte. Denn die Folge war ja nicht Arbeitslosigkeit wie im Kapitalismus, sondern die Erhöhung des Lebensstandards für alle. Wer so handelt, der kann das nur, weil er weiß, das ist meine Fabrik, das ist mein Staat.

Kulturrevolution

Wie verbreitet man diese Erkenntnis, wie kann der Staat dazu beitragen, den „neuen Menschen“ zu schaffen? Lenin wies auf die dringende Notwendigkeit einer Kulturrevolution hin: „Eigentlich bleibt uns ‚nur‘ eines zu tun: unsere Bevölkerung so ‚zivilisiert‘ zu machen, dass sie alle aus der allgemeinen Beteiligung an den Genossenschaften entspringenden Vorteile einsieht und diese Beteiligung einsieht. ‚Nur‘ das. Wir brauchen jetzt keine anderen Weisheiten, um zum Sozialismus überzugehen. Um aber dieses ‚Nur‘ zu vollbringen, bedarf es einer ganzen Umwälzung, einer ganzen Periode kultureller Entwicklung der gesamten Volksmasse.“ (2) Kultur wird hier in dem umfassenden Begriff der Bewusstseinsentwicklung begriffen, die die Hegemonie des Proletariats nicht nur in den Machtstellungen der Ökonomie, sondern auch der Politik, des Militärs und natürlich des gesamten Überbaus aus Kunst, Literatur, Recht usw. erkämpft.

So standen bei allen sozialistischen Revolutionen Alphabetisierungskampagnen am Anfang, in der UdSSR, in China, Kuba, auch heute in Venezuela. Doch das war nur der Beginn der Kulturrevolution, die Voraussetzung. Denn die Arbeiterklasse muss es lernen, selbst die Betriebe, die Genossenschaften und den Staat zu lenken und zu verwalten. Die Erstellung des Plans und seine Durchführung erfordert die Mitwirkung aller. Anders als im Kapitalismus braucht der Sozialismus, um gedeihen zu können, die bewusste Mitarbeit und Mitgestaltung der breiten Masse.

Doch auch das reicht noch nicht. Wir wissen, dass sich in vielen sozialistischen Ländern Bürokratismus, Selbstherrlichkeit und Bestechlichkeit breit machten, denen selbst verdiente Revolutionäre anheim fielen. Opportunisten drängten in Staatsfunktionen. Bei dem „Ein-Mann-System“ der Leitung der Betriebe hatte die Masse der Arbeiter keinen Einfluss auf die Produktion. Auch wenn an den Schalthebeln von Wirtschaft, Politik und Militär Menschen aus der Arbeiterklasse saßen, war das keine Garantie für die revolutionäre Linie.

Arbeiterkontrolle

Notwendig waren Organe der Kontrolle von unten sowie eine direkte Beteiligung der Arbeiter und Bauern an Planung und Durchführung der Arbeitsziele und -prozesse. Aber würden häufige Meetings, Gruppensitzungen und Abteilungsver-

sammlungen nicht die Produktion beeinträchtigen? Eine Untersuchung aus Kuba - um nur diese zu nennen - zeigt, dass das Gegenteil der Fall ist. Am produktivsten sind dort die Betriebe, die direkt dem Militär unterstehen, wo eine größere Beteiligung der dort Arbeitenden am Produktionsprozess besteht. (3) Die Entfaltung breiter Demokratie ist kein Gegensatz zum staatlichen Plan, sondern fördert die Produktivkräfte. Denn die wichtigste Produktivkraft ist der Mensch. Erstarren die Produktionsverhältnisse – die auch im Sozialismus unentwegt revolutioniert werden müssen – wird die Entwicklung gestoppt. Letztlich siegen die alten Verhältnisse.

Aber wo ist der „neue Mensch“ geblieben? Wo die kollektive Begeisterung der Massen? Der „neue Mensch“ - eine Utopie?

In der UdSSR wurde 1952 eine Diskussion zur Überwindung des Bürokratismus und des Opportunismus geführt. Auf dem 20. Parteitag jedoch wurde das Proletariat als nicht fähig zum Aufbau und zur Führung einer neuen Gesellschaft dargestellt. In der VR China war ebenfalls das Jahr 1952 der Beginn einer Massenbewegung zur Erziehung und Umerziehung, zur Schaffung des neuen Menschen. 1965 dann begann die Große Proletarische Kulturrevolution. Auch hier ging es letztlich um die Frage, wie der Einfluss der Massen gestärkt und damit der des Revisionismus gestoppt werden kann. In der Sowjetunion ging der Kampf um den Revisionismus verloren, in der VR China toben noch heute heftige Klassenkämpfe darum.

Che sagt, wo die Leitung Fehler macht, erlahmt die Begeisterung. Dass die Revolution in Kuba bisher überlebt hat, zeigt, dass Ches Gedanken nach wie vor lebendig sind, dass die Einbeziehung der Massen dort in großen Teilen gelungen ist. Trotz Blockade, trotz Spezialperiode mit Lebensmittelrationierung, Rückgang der Einkommen, Stromausfällen u.a. mehr blieb das Vertrauen auf die eigene Kraft erhalten, dass die Krise zu überwinden sei.

Die richtige Linie ist auf Dauer nur mit Beteiligung der Massen zu erreichen. Die sozialistische Demokratie wird nicht in den Parlamenten, sondern vor allem in den Betrieben, den Genossenschaften, in der Verwaltung entschieden. Solange sich die Arbeiter nicht als Herren der Produktion begreifen, solange werden sie den Staat nur als eine neue Art von Unternehmer betrachten. Das heißt, auch von ihnen ist zu fordern, sich einzumischen, Verantwortung zum übernehmen. Che forderte diese Anstrengung sowohl vom Einzelnen wie von der Partei und vom Staat.

(1) Che Guevara, *Der Sozialismus und der Mensch in Kuba*, a. a. O., S. 25

(2) LW, Bd. 33, S. 456

(3) Untersuchung über staatliche Betriebe in Kuba von Dario Machado (Havanna 2004), nach einer Besprechung von Kerstin Sack, *Soziales Eigentum*, in *junge Welt*, 23.7.2007

Eine spannende Darstellung über die Auseinandersetzung in der Sowjetunion zwischen dem Ein-Mann-Leitungs-System und einer kollektiven Arbeitsweise findet sich in dem Roman von Wladimir Popow, *Havarie im Stahlwerk*, Berlin 1973

Dogan Göçmen

WARUM BOLSCHEWIKI, ABER NICHT WIR?

Die Frage im Titel bezieht sich auf die große Oktoberrevolution in Russland und die gescheiterte Novemberrevolution in Deutschland. Warum konnten die Bolschewiki in Russland die Revolution zum Erfolg führen? Warum mussten die revolutionären Kräfte in Deutschland scheitern, obwohl in Deutschland die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine sozialistische Revolution viel reifer waren?

Dort standen die Bolschewiki, die die revolutionäre Machtübernahme als vorrangiges Ziel betrachteten. In Deutschland hingegen hatte die sozialdemokratische Partei bereits die Fronten gewechselt. Friedrich Ebert, der an der Spitze der bereits gespaltenen SPD stand, konnte selbst auf dem Höhepunkt des revolutionären Aufstandes

die Abschaffung der Monarchie mit seinem Gewissen nicht vereinbaren. Hinzu kommt, dass die revolutionären Kräfte noch über keine einheitliche Organisation mit einem klaren politischen Ziel verfügten. Nicht, dass die Bolschewiki den Kampf um Reformen gering geschätzt hätten; im Gegenteil, der Kampf um das tägliche Brot der Arbeiter und Bauern und um politische Reformen war ihnen genauso wichtig wie die totale Umstülpung des ganzen Zarenregimes. Aber ihr Kampf um Reformen war immer von dem Endziel, nämlich der revolutionären Machtübernahme geleitet. Man kann deshalb, ohne zu übertreiben, behaupten, dass ihnen programmatisch das Endziel alles war. Deshalb haben sie sich von den opportunistischen Kräften getrennt und von Beginn an eine revolutionäre Organisation aufgebaut.

EINE ERINNERUNG

1964 und 1967 fuhren, auf Initiative des Herausgebers der „Stimme der Gemeinde“, Herbert Mochalski, zwei Delegationen in die Sowjetunion, die Gespräche über den Abbau der friedensgefährdenden Spannungen zwischen den zwei antagonistischen Gesellschaftssystemen führen sollten. Politiker wie der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, die Gewerkschaftsfunktionäre Werner Vitt (Chemie) und Georg Benz (Metall), Kirchenpräsident Martin Niemöller, Publizisten wie Prof. Eugen Kogon, Gösta von Uexküll, Marion Gräfin Dönhoff gehörten zu einer oder beiden Delegationen – und auch Wissenschaftler, deren prominentester Prof. Boris Rajewski war, langjähriger Rektor der Frankfurter Universität, einer der Schöpfer der Molekularbiologie. Rajewski stammte aus einem alten Bojarengeschlecht, war nach der Oktoberrevolution als Jüngling mit der enteigneten Familie nach Deutschland gekommen und seitdem nie mehr in Russland gewesen.

Seine Wiederbegegnung mit der alten Heimat war für uns alle ein Erlebnis. Wir reisten über Moskau, Nowosibirsk, Irkutsk, Alma Ata, Taschkent, Samarkand Tausende von Kilometern. Wir besuchten Kolchosen, Wissenschaftsinstitute, Kraftwerke, diskutierten mit Politikern aller Ebenen, vom Obersten Sowjet bis zu kommunalen In-

stanzen. Wohin wir kamen, nahm Rajewski Kontakt mit den Menschen auf, wir wurden in Familien eingeladen (wo übrigens 1967 – zehn Jahre nach dem XX. Parteitag – noch Stalin-Bilder an den Wänden hingen!). Von Station zu Station stieg Rajewskis Begeisterung: So gut sei es dem russischen Volk noch nie gegangen, die Oktoberrevolution sei ein Segen und eine Befreiung gewesen. Wie sich der Wohlstand des Landes seit seiner Jugend gehoben habe, wie die Menschen sich freier bewegten – das sei eine ungeheuere Leistung des sozialistischen Aufbaus. Nach Frankfurt zurückgekehrt, wurde Rajewski dann Mitbegründer der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in der BRD.

Ich muss gestehen: Das spontane Zeugnis dieses alten Herrn mit den klaren leuchtenden Augen, eines kritisch beobachtenden experimentellen Naturwissenschaftlers, einer Klasse zugehörig, die Opfer der Oktoberrevolution geworden war – dieses Zeugnis hat mir mehr vermittelt als alle Propaganda und alle Statistiken. Wenn ich jemandem sagen soll, welchen Fortschritt an Humanität die Oktoberrevolution bewirkt hat, dann klingen mir die Worte dieses einstigen russischen Fürsten in den Ohren, der zum Bewunderer ihrer Ergebnisse wurde.

In Deutschland hingegen hat die Sozialdemokratie alle opportunistischen Strömungen jener Zeit toleriert, ja ihnen eine politische Plattform gegeben, so dass sie ihr Unheil unter den arbeitenden Klassen fast ungehindert verbreiten konnten. „Bewegung ist alles, Endziel ist nichts“ lautete die Losung von Bernstein, genau das Gegenteil von dem, was die Bolschewiki propagierten. Sicherlich haben die revolutionären Sozialdemokraten gegen die Reformisten in ihren Reihen gekämpft. Davon zeugt der unermüdliche Kampf von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. Sie waren aber alle - angefangen von August Bebel - nicht konsequent genug, sich vom Opportunismus auch organisatorisch zu trennen.

Von Plechanow ist das geflügelte Wort überliefert, das Lenin nicht müde wurde zu zitieren: Entweder frisst Bernstein die deutsche Sozialdemo-

kratie oder die Sozialdemokratie frisst Bernstein, was heißt, man müsse Bernstein und seine Gesinnungsgenossen aus der Partei ausschließen. Doch diesen Mut haben die deutschen Sozialdemokraten nicht aufgebracht. So stand am Ende ein Friedrich Ebert an der Spitze der SPD und ein Gustav Noske konnte Mitglied bleiben, der bei jeder Gelegenheit die aufständischen Arbeiter und Soldaten zusammenschießen ließ. Kurz, die Arbeiter und Soldaten wollten eine totale Umstülpung in Deutschland, aber es gab keine Partei mehr, die diese revolutionäre Umstülpung anführen konnte. Die Versuche, mit USPD, Spartakus und der späteren KPD der Situation Herr zu werden, kamen zu spät. Wolfgang Abendroth hat das in seinem Buch „Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung“ plastisch dargestellt. Auch eine in jeder Situation handlungsfähige revolutionäre Partei muss von langer Hand organisiert werden.

Kurt Gossweiler zum 90.

Ist die Revolution eine Lokomotive, so braucht sie eine Antriebskraft. Sein Leben lang stand als Heizer im Kesselwagen der Lokomotive Kurt Gossweiler, am 3. November 1917 geboren, gleichaltrig mit der Oktoberrevolution. Ihm gratuliert T&P herzlich zum Geburtstag. Seit vielen Jahren haben uns seine Forschungen zum Faschismus Einsichten in die Gesellschaftsprozesse des 20. Jahrhunderts geliefert. Zum politischen Leuchtturm, der in der Finsternis der Konterrevolution uns den Weg erhellt, ist er durch seinen unermüdlichen Kampf gegen den Revisionismus geworden. Das danken ihm alle, die am sozialistischen Ziel festhalten. Dir, lieber Kurt, der Du die Taubenfuss-Chronik des Opportunismus geschrieben hast, wünschen wir weiter fürs nächste Jahrzehnt den festen Schritt des Klassenkämpfers.

Kurt Gossweiler

WEDER ANPASSEN NOCH ABSCHOTTEN

Die Zeitung der Landesorganisation Brandenburg der DKP veröffentlichte im Mai d.J. einen Artikel von Wolfgang Herrmann mit dem Titel „Die Partei der Arbeiterklasse“. Die dort gegebene Einschätzung der Entstehungsgründe der Linkspartei und die daraus abgeleiteten Forderungen zum Verhalten ihr gegenüber haben Kurt Gossweiler zu einer kritischen Stellungnahme veranlasst. Sie wird hier gekürzt und zusammengefasst wiedergegeben. Der vollständige Wortlaut des Artikels von Wolfgang Herrmann und der Entgegnung von Kurt Gossweiler kann auf der Internet-Seite von „Theorie und Praxis“ nachgelesen werden.

Was ich bisher von Wolfgang Herrmann las war so, dass ich mich darüber zumeist freute, was ich über diesen Artikel „Die Partei der Arbeiterklasse“ aber leider nicht kann. Er schreibt: „Der linke Parteibildungsprozess nützt einzig und allein der herrschenden Klasse.“ Und weiter: „Die außerparlamentarische Bewegung wird durch die neue Linkspartei nicht stärker, denn die Arbeiterklasse verliert politische Interessenvertretung.“ Und weiter: „CDU und SPD sind eine Art gesellschaftliches Bündnis geworden. Dieses Bündnis wird tatsächlich vom Fusionsprozess der Linkspartei und WASG gestärkt.“

Aber, ist es denn zu diesem Prozess nicht gekommen, weil der SPD wegen der brutalen neoliberalen Sozialabbau-Politik der Schröder-Regierung massenhaft Mitglieder weggelaufen sind und sich zum Teil mit ebenso enttäuschten Gewerkschaftern zur Gründung der WASG zusammengesetzt haben, um wirksamen Widerstand gegen diese Politik leisten zu können? Und kommt es zum Zusammenschluss dieser neuen Partei mit der PDS nicht deshalb, weil die Masse der Mitglieder beider Parteien davon ausgehen, damit an Kraft zum Widerstand gegen diese, nun von der Merkel-

Müntefering Koalition verstärkt weitergeführten Politik zu gewinnen?

Und wieso steht denn fest, dass die Führung der Linkspartei durch den Druck von unten - und von der DKP! - nicht gezwungen werden kann, sich an außerparlamentarischen Aktionen zu beteiligen, ja, sie sogar auszulösen? Man sollte auch nicht übersehen, dass in dieser sehr heterogenen neuen Partei durchaus Kräfte und Persönlichkeiten vorhanden sind, die aus welchen Gründen auch immer (durchaus auch aus Profilierungsgründen) keineswegs abgeneigt sind, ihre Stärke und ihren Einfluss auch durch Aufrufe zu außerparlamentarischen Aktionen zu steigern. Und schon gar nicht übersehen dürfen Kommunisten, dass in dieser neuen Partei - wie auch in der alten PDS - zahlreiche Mitglieder sind, denen es mit Klassenkampf und Sozialismus durchaus ernst ist.

Was sind Aufgaben der DKP?

Zur DKP erklärt Wolfgang Herrmann: „Die Hauptaufgabe der DKP in dieser neuen Situation muss darin bestehen, unmissverständlich die Verantwortung für die Führung der Arbeiterklasse zu übernehmen.“ Und weiter: „Alle Vorstellungen von Bündnissen und Bewegungen unterliegen diesem Primat.“ Aber ist es nicht die Aufgabe jeder kommunistischen Partei von Anfang ihres Bestehens an, durch ihr konsequentes Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse und darüber hinaus aller Werktätigen deren Vertrauen zu gewinnen und dadurch zur führenden Kraft, zur Führungskraft der Klasse zu werden? Darf nur mit solchen Kräften ein Bündnis eingegangen werden, die einen Anspruch auf Führung der DKP akzeptieren, auch wenn diese von der Mehrheit der Klasse noch lange nicht als führende Kraft betrachtet und anerkannt ist?

Und was soll ich davon halten, wenn Wolfgang Herrmann fortfährt: „Daraus ergibt sich auch, auf schnellstem Weg am Bündnis der Kommunisten in der Bundesrepublik zu arbeiten.“ Bündnis der Kommunisten mit den Kommunisten? Bisher dachte ich immer, Bündnisse würden von Organisationen und Bewegungen unterschiedlicher Zielsetzungen und unterschiedlichen Klassencharakters zur Erreichung bestimmter gemeinsamer Teilziele geschlossen. Was die Kommunisten betrifft, die in unterschiedlichen Organisationen oder parteilos sind, hatte ich bisher immer die Vorstellung, dass ihr gemeinsames Ziel darin bestehen muss, ihre Differenzen durch genossenschaftliche Auseinandersetzungen auf der Grundlage der von den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus ausgearbeiteten Grundsätze und der marxistisch-leninistischen Analyse der gemeinsamen historischen Erfahrungen zu überwinden und durch immer intensivere Zusammenarbeit in den Klassenkämpfen der Gegenwart die Voraussetzungen für einen Zusammenschluss zu einer einzigen, marxistisch-leninistischen Partei Deutschlands zu schaffen. Das ist aber etwas ganz anderes, als ein „Bündnis der Kommunisten in der Bundesrepublik.“

Im nächsten Teil des Artikels lesen wir: „Bei der weiteren Ausarbeitung der Strategie und Taktik der DKP sind zwei Hauptfragen zu beantworten. Erstens, wie stellen wir uns die alternative sozialistische Gesellschaft vor? Zweitens, wie führen wir die Arbeiterklasse zur Macht?“ Das Erste hat die DKP schon vor vielen Jahren - 1997 - unternommen, mit dem Dokument „Sozialismusvorstellungen der DKP“, von dem große Teile nahezu wörtlich in das neue Programm übernommen wurden. Was dabei herauskam, spricht allerdings nicht dafür, sich die Aufgabe zu stellen, von der zu erkämpfenden sozialistischen Gesellschaft ein über das Grundsätzliche hinausgehendes umfassendes Bild auszumalen. Besonders dann nicht, wenn ein treibendes Motiv dazu ist, - wie im Falle der „Sozialismusvorstellungen“ der DKP von 1997 und des jetzigen DKP-Programms - sich vom gewesenen Sozialismus in der Sowjetunion und der DDR zu distanzieren; ist es dabei doch anstelle der „Diktatur des Proletariats“ oder dessen Übersetzung in „Herrschaft der Arbeiterklasse“ zu der von Wolfgang Herrmann völlig zu recht unter Beschuss genommenen Feststellung gekommen, die Kommunistische Partei werde „mit anderen fortschrittlichen Kräften im Ringen um die besten politischen Ideen“ wetteifern.

Was das Zweite - („Wie führen wir die Arbeiterklasse zur Macht?“) - betrifft, so scheint mir für

die DKP die Frage näher zu liegen, was zu tun ist, um von der Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland als ihre Partei anerkannt zu werden. Solange die DKP nicht eine Verwurzelung in den Massen gefunden hat, wie etwa die KPD in der Weimarer Republik, ist es wohl etwas verfrüht, die Frage zu stellen: „Wie führen wir die Arbeiterklasse an die Macht?“

Aus den Fehlern lernen

Im weiteren schreibt Wolfgang Herrmann: „Lange genug haben wir uns vom Eiapoepia der PDS und Linkspartei.PDS betrunken machen lassen.“ Damit meint er wohl, die DKP habe in der Vergangenheit, statt eine eigene selbständige Politik zu entwickeln, sich freiwillig in die Rolle des Juniorpartners der PDS und Linkspartei.PDS begeben. Daran mag durchaus etwas sein, aber eine Wendung zum krassen Sektierertum, wie er es empfiehlt, würde nichts bessern, sondern vieles verschlimmern. Es gilt vielmehr, aus den Fehlern der KPD in ihrer Politik gegenüber der SPD in der Weimarer Republik und bis zur Brüsseler Konferenz zu lernen. Es wäre sehr gut, in diesem Zusammenhang das Referat von Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz (noch) einmal gründlich zu studieren und daraus die Schlussfolgerungen für die heutige Situation zu ziehen.

Wollen kommunistische Parteien zur Führerin der Mehrheit der Arbeiterklasse werden, dann müssen sie die noch den sozialdemokratischen und links-sozialdemokratischen Parteien folgenden Arbeiter gewinnen. Das gelingt aber nicht dadurch, dass sie ihnen unaufhörlich erklären, dass ihre Führer Betrüger und Verräter sind und ihr Platz deshalb nur in ihren, den kommunistischen Reihen sein kann. Sie dürfen sich auch nicht darauf beschränken, die tatsächlichen Betrügereien und Verrätereien aufzudecken und anzuprangern, so notwendig das selbstverständlich ist.

Sie müssen vielmehr Tag für Tag unter Beweis stellen, dass sie die aktivsten und konsequentesten Vorkämpfer für die Interessen der Arbeiter und aller Ausgebeuteten, zugleich aber auch die selbstlosesten und konsequentesten Kämpfer gegen die Spaltung der Arbeiterklasse und für deren Einheit sind. Die DKP darf sich wegen ihrer zahlen- und einflussmäßigen stärkeren Linkspartei machen, aber ebenso wenig aus Furcht vor ihr mit sektiererischer Isolierung und Abschottung reagieren.

RICHTUNGSGEGENSÄTZE UND EINHEIT DER PARTEI

Im Bericht über die 12. PV-Tagung (DKP-Informationen Nr. 2/2007) wird unter „Beschlüssen“ ohne weitere inhaltliche Erläuterung vermerkt: „Billigung des Inhalts einer Sekretariatsklärung zu den jW-Artikeln von Renate Münder“. Die UZ vom 14.9. (Seite 1) notiert darüber hinaus „eine lebhaft und kontroverse Diskussion über die grundsätzliche Wertung der Politik der friedlichen Koexistenz“, von der Renate Münder in den genannten Artikeln geschrieben hatte, sie sei unter Chruschtschow und seinen Nachfolgern von dem Leninschen Konzept abgewichen. (1)

Es soll hier nicht auf die Frage nach der Richtigkeit dieser Behauptung und überhaupt nicht auf innerparteiliche Streitpunkte eingegangen werden. Vielmehr ist es ein zentrales Problem, das uns alle angeht und beunruhigen muss, wie unter den Bedingungen grundsätzlicher Richtungsgegensätze die Zukunft der Partei zu gestalten ist.

Es hat keinen Sinn, die Tatsache bestehender Richtungsgegensätze zu leugnen oder unter dem Mantel des Schweigens zu verdrängen. Die heftigen Auseinandersetzungen während der Arbeit am Parteiprogramm und deren überaus lange Dauer haben das offenkundig gemacht. Es war ein Erfolg, dass es gelungen ist, einen gemeinsamen Nenner in einem Minimalkonsens zu finden, der strittige Auffassungen weitgehend ausspart und der fortzusetzenden Diskussion überließ. Alle Beteiligten und die Delegierten des 17. Parteitags waren sich einig, dass unter allen Umständen ein Zerfallen der Partei in Fraktionen vermieden werden müsse. Der desolate Zustand einiger Bruderparteien war uns eine Warnung.

Denn darüber müssen wir uns im Klaren sein: Quer durch die ganze kommunistische Weltbewegung ziehen sich Richtungsgegensätze, von denen auch die DKP nicht verschont ist. In der Hauptsache beziehen sich diese auf die Einschätzung des Imperialismus heute, auf die innerparteilichen Kämpfe in der Periode des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion (abgekürzt und falsch „Stalinismus“ genannt), auf die Auswirkung des 20. Parteitags der KPdSU, auf das Verhältnis kommunistischer Ziele und Strategien zu den vielfältigen Vorstellungen einer breit gefächerten linken Opposition, auf die Frage nach der Notwendigkeit einer „Modernisierung“ oder „Erneuerung“ der marxistischen Theorie mit praktischen Folgen und ganz pauschal auf die Gefahr des Revisionismus überhaupt. Die Fronten verlaufen nicht etwa einheitlich und geradlinig, sondern je nach Problemkom-

plex mit Verschiebungen und Überlappungen. In manchen Fällen sind die Tatsachen nicht eindeutig geklärt, in anderen gehen die Beurteilungen der Tatsachen auseinander. Da es sich jedoch um grundlegende Bestandteile kommunistischer Theorie und Praxis handelt, können diese Differenzen auch nicht auf Dauer aufgelöst bleiben.

Die politische Überzeugungskraft und der kämpferische Elan der Partei setzen die Einheit der Partei voraus. Fatal wäre es aber, wenn die Einheit auf administrativem Wege durch die Parteiführung hergestellt würde. Parteidisziplin kann nicht Disziplinierung der Partei bedeuten. Nach schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit ist das Parteistatut darin eindeutig. Pragmatische Taktiken haben auf Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen, grundsätzliche Erkenntnisse sind nicht verhandelbar und müssen auf Argumente gestützt sein, die aus Analysen hervorgehen. Das ist nicht ohne Vergleich von Perspektiven und Erörterung von Widersprüchen möglich. Nach der Niederlage des Sozialismus in Osteuropa ist die Weltlage komplexer und undeutlicher geworden. Kein besonnener Mensch wird wagen, seine Sichtweise als einzig und ganz und gar richtig behaupten zu wollen. Es geht ja nicht um die Beantwortung von Quiz-Fragen!

Eine kommunistische Partei unterscheidet sich von allen anderen Parteien durch die Klarheit und Unverrückbarkeit ihrer Ziele. Kompromisse im politischen Alltag sind nötig, aber sie dürfen die Zielvorgaben nicht verändern. Über die Ziele sind wir einig. Welche Wege gegangen werden durften und dürfen – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – ist von Fall zu Fall zu erwägen. Es wäre falsch und müsste zur Fraktionsbildung führen, wenn ein Teil der Partei kraft Funktion den anderen von der Weg-Findung ausschließen würde. Die Einheit der Partei kann nicht durch Mehrheitsbeschluss gefestigt werden, sondern nur durch kollektive Bewusstseinsbildung im Austausch gleichberechtigter Meinungen. Wenn wir jetzt an die Vorbereitung des 18. Parteitags gehen, sollte diese Grundregel des Parteilebens unsere Zukunftsplanungen bestimmen.

(1) Die Artikel in der jW vom 7./8.8.07 sowie die Erklärung des Sekretariats, die Antwort von Renate Münder im PV und ein Gutachten von Hans Heinz Holz sind auf der Webseite der T&P einzusehen.

PETROGRAD 1917

Kerenski im Winterpalais
Sowjets und Lenin im Smolny
Auf der Strasse Finsternis

Schnee
Wind
und sie.

Und sie wissen, "ER" sagte,
"Gestern war's zu früh, morgen wird's zu spät,
der Zeitpunkt ist exakt heute!"
Und sie sagten, "wir haben verstanden, wir sind's bewusst".
Und sie, was sie wussten,
haben nie so unheimlich gut und genau es gewusst.
Wind auf dem Schnee.

...

Sie marschieren wie Finsternis' Schläue
Windes Mut.

...

"- Genossen," sagte Bolschewik Kirov, "Geschichte,
das heißt Arbeiter- und Bauernklassen,
das heißt der rote Soldat,
das heißt wir zünden eine Fack'l an,"
"Genossen, zum Sturmangriff", sagte er.
Und als das Eis auf der Newa rötete
gingen Sie rein in das Winterpalais
lustvoll wie Kinder,
mutig wie Wind.
Eisen, Kohle und Zucker,
und rotes Kupfer
und Textil
und Liebe und Tyrannei und Leben
und sämtlicher Industrien,
und Klein- und Großrusslands und Kaukasiens und Sibiriens
und Turkestans*
und traurigen Wolgagebiets
und aller Städte Schicksal
wurde verändert in einer Morgendämmerung.
In einer Morgendämmerung am Rande der Finsternis
als Sie draufsetzten ihre schneeigen Stiefel
auf die Marmortreppen.

Nazim Hikmet

* Turkestan ist der Sammelname für Kasachstan, Usbekistan
Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan.

(Aus dem Türkischen Dogan Göçmen)

Inhalt

<i>Hans Heinz Holz</i>	Editorial	1
<i>Hanfried Müller</i>	Das aufgebrochene Tor	2
<i>Richard Wagner</i>	Produktivkraftentwicklung im Sozialismus – Welcher Weg?	4
<i>Hans Heinz Holz</i>	Sozialismus in einem Lande	6
<i>Dogan Göcmen</i>	Die Oktoberrevolution und die unterdrückten Völker	7
<i>Renate Münder</i>	Arbeiterkontrolle und sozialistische Demokratie	9
<i>Dogan Göcmen</i>	Warum Bolschewiki, aber nicht wir?	10
<i>Hans Heinz Holz</i>	Eine Erinnerung	11
<i>Redaktion</i>	Kurt Gossweiler zum 90.	12
<i>Kurt Gossweiler</i>	Weder anpassen noch abschotten	12
<i>Hans Heinz Holz</i>	Richtungsgegensätze und Einheit der Partei	14
<i>Nazim Hikmet</i>	Petrograd 1917	15

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik
Johannes Magel, Scharnhorststr. 18,
30175 Hannover

www.tund.info

Redaktion und Anzeigen:

Johannes Magel (ViSdP), Anschrift: siehe Herausgeber, TundP-Box@web.de
Die T&P erscheint einmal im Quartal. Spenden sind willkommen und können überwiesen werden auf folgendes Konto: **Michael Beltz, - Spendenkonto Theorie und Praxis -, Kontonummer 419 702, Sparkasse Gießen, BLZ 513 500 25**

Wenn dieses Heft gefallen hat, dann teile uns doch bitte die Anschriften weiterer Interessierter mit. Wenn Du aus dem Verteiler herausgenommen werden willst, dann reicht ebenfalls eine kurze Mitteilung an die Herausgeber oder per email an TundP-Box@web.de.
Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.